

Das Wort am Sonntag von Olaf Thomas Opelt 08.10.2017

Hallo Deutsche, Leser und Nichtleser,

im letzten [Sonntagswort vom 01.10.2017](#) habe ich den Grüßaugust der Brid der klaren Lüge bezichtigt. Ich habe dabei vermerkt, daß ich bereits darüber ausgeführt habe, was man auf der Seite [Bundvfd.de/Strafanträge-13](#) Strafanträge Jahrgang 2016 und 2017 ersehen kann.

Es ging darum, daß der Grüßaugust im Schloß Bellevue sich wegen der lauten Proteste und der Tomatenwerferei seitens der Menschen, die ihren berechtigten Zorn keinen anderen Ausdruck geben können, beschwerd hat. Die Beschwerde hat er einer ausgesuchten geladenen Versammlung vorgetragen.

Am 3.10.17 in Mainz dasselbe Spiel; dort in der Rheingoldhalle, ein Name der historischen Hintergrund hat und das Gold der Nibelungen mit der heutigen deutschen Freiheit verglichen werden kann. Die [Mainstreampresse „Die Welt“](#) titelt darüber folgend: „Die Verantwortung vor unserer Geschichte kennt keinen Schlusstrich“

Jawohl, das ist doch eigentlich sehr verständlich, denn der Sieger schreibt die Geschichte. Und der Sieg darf nicht aus der Hand gegeben werden. Neue Mauern gibt es, meint der Grüßaugust. Ja, davon rede ich schon seit Jahren, von den Brandmauern der Zionisten, an denen der Zorn der Menschen verpufft und in blauen Dunst aufgeht. Die Sehnsucht nach Heimat darf man nicht den Nationalisten überlassen, so meint er. Was schreibt der Duden zum Nationalismus? ([selten](#)) [erwachendes Selbstbewusstsein einer Nation mit dem Bestreben, einen eigenen Staat zu bilden.](#)

Genau so ist es; es ist sehr selten, daß das deutsche Selbstbewußtsein am Erwachen ist. Vereinzelt tritt es auf und der große Rest der Menschen bleibt im zionistischen Aberglauben verhängen und erkennt nicht, daß der eigentliche deutsche Staat handlungsunfähig ist und neu verfaßt werden muß, wobei die Brid niemals ein Staat war. Wenn dieses Leut das Wort Demokratie in den Mund nimmt, meint er Volksbeherrschung und wer sich die Rede wirklich weiter anhört, kann dann das Gesäusel wahrlich als sehr viel besser als das vom Gauckler- Pastor erkennen.

Wie aber bitteschön soll denn ein Mensch, der tagein tagaus mit schwersten Lebensbedingungen beladen wird, seinen Unmut in Ruhe Ausdruck geben? Schlimmstenfalls werden solche Menschen getötet wie es mit Martina Pflöck geschehen ist, in den Tot gehetzt wie es mit General Bastian und Petra Kelly geschehen ist, wie es mit Prof. Niemitz, den Inhaber des Lehrstuhls Generali in Leipzig geschehen ist und viele weitere Namenlose, die diesen rechtswidrigen Druck nicht mehr standhalten konnten. Andere werden der wirtschaftlichen Zerstörung preisgegeben, in dem man ihre Geschäfte ruiniert, in dem man ihre Familien zerstört, in dem man ihre Gesundheit zerstört.

Was der rotzige Querulant Opelt (rQ) aushalten mußte in dieser Beziehung ist sehr wohl immer wieder unter der Rubrik Strafanträge auf der Netzseite [bundvfd.de](#) zu lesen. Daß der rQ aber auch für viele andere Menschen eingetreten ist, ist auf dieser Seite nicht zu lesen, da dies dem Datenschutz widersprechen würde. Das Eintreten für die Menschen des rQ bis Ende 2005 kann nicht mehr aufgezeigt werden, da diese gesamten Schriftsätze von den Brid-Verbrechern in zwei Überfällen mit je über 20 Leut aus den Privat- und Geschäftsräumen geraubt wurden. Einzig eine sehr kleine Auswahl ist noch vorhanden, die Opelt vom Verwaltungsgericht Berlin erst nach den Heimsuchungen zurückgesendet wurde.

Damals wurde Opelt wegen Amtsanmaßung verknackt, da er sich von hundert Menschen zum „Ministerpräsident des Reichslandes Sachsen“ küren lassen hat. Das tat er aber um einen gewissen Druck gegenüber den Gerichten aufzubauen und ihnen damit immer wieder ihre rechtliche Berechtigung –dessen das was sie tun- abverlangt hat. Es waren inzwischen nicht nur die hundert Menschen, die zu dieser Wahlversammlung anwesend waren in diese Sache eingetreten. Es mußte also unbedingt etwas gegen Opelt getan werden um dieser Bewegung ein Ende setzen zu können.

Einer Bewegung, die gewaltlos aber mit gültigem deutschem Recht und Gesetz auf der Grundlage von Völkerrecht gearbeitet hat. So kam es dann 2005 zu zwei Landgerichtsprozessen gegen Opelt, bei dem er im zweiten einen Prozeßantrag gestellt hat und dieser tatsächlich vor Einlassung in das andere Geschehen vom Richter „abgearbeitet“ wurde. In diesem Prozeßantrag hat Opelt aufgezeigt, daß der „Ministerpräsident Reichsland Sachsen“ nicht im geringsten in irgendwelche öffentlich rechtliche Dinge eingegriffen hat, also keinerlei verwaltungsrechtliche Sachen betrieben hat, wie es andere von Opelt genannte Nepper, Schlepper, Bauernfänger getan haben und es noch bis heute unter Beobachtung der Brid tun dürfen. Opelt hat aber auch aufgezeigt, daß die Verwaltung, die Exekutive und die Justiz des Bundeslandes Freistaat Sachsen nicht im geringsten eine rechtliche Grundlage zu Verfügung hat um ihr Tun, was tatsächlich geschieht, als öffentlich rechtlich zu bezeichnen. So sind also jene des Bundeslands Freistaat Sachsen die eigentlichen Amtsanmaßer.

Der Dialog zwischen Richter und Opelt verlief sehr ruhig bis auf einen Zwischenversuch des Staatsanwalts, Opelt endlich zum Schweigen zu bringen, der aber von diesem Richter abgebugelt wurde. Im Zuge dessen kamen Opelt und der Richter zu einer übereinstimmenden Meinung, die sinngemäß lautete, daß der Richter sowie auch Opelt eine gegensätzliche Meinung in ihrer Rechtsauffassung haben, dem Richter aber die Exekutive zur Seite steht, mit der er seine Meinung durchdrücken kann. Das sagt klar aus, daß das Handeln seitens der Brid ohne eine verfassungsgemäße Grundlage gegen jegliches Völkerrecht durchgesetzt wird. Und das bis heute.

Dabei ist nun eine neue Sache in Gang geraten, die diesmal nicht Opelt betrifft, sondern seine ppC [privat persönliche Chefin, also die Lebensgefährtin, die seit Oktober 1989 sein Schicksal teilt und er ihr hier dafür öffentlich danken will].

Die ppC hat in einer Internetapotheke Pillen bestellt, die dort weitaus preiswerter angeboten wurden und vor allem kein Rezept erforderten. Die Pillen wurden bezahlt, doch die Lieferung wurde durch die Brid-Verwaltung abgefangen. Daraufhin flatterte der ppC ein Verwarnungsgeldbescheid in Höhe von 50 € ins Haus, dem umgehend widersprochen wurde; und die Verwaltung, ein sog. „Regierungspräsidium“ in Darmstadt/Hessen aufgefordert wurde, ihre verfassungsgemäße Grundlage für ihr Handeln kundzugeben. Von wegen der Pharma die Gewinne zu stehen, solch eine Frechheit und das wieder vom rQ. Die Verwaltung machte deshalb aus der Verwarnung ein Bußgeld von 108 € mit dem Hinweis, daß wenn keine Ruhe gegeben würde die Sache an die Staatsanwaltschaft weitergereicht wird. Darauf hin wurde das Bußgeld in Höhe von 108 € unter Vorbehalt beglichen um die Sache nicht weiter anzuhetzen, dabei aber auf dem Nachweis der Berechtigung öffentlich rechtlich, also auf einem Rechtsstaatsprinzip grundierend handeln zu dürfen, beharrt. Wieder weit gefehlt, von wegen, dieser Verwaltung ein Bekenntnis abverlangen zu dürfen und sofort wurde von dieser Verwaltung mit der Staatsanwaltschaft gedroht. Der rQ hat im Zuge dessen noch einmal ruhig aber deutlich aufgezeigt, welche Vorschriften nicht beachtet wurden und daß das Einschalten der Staatsanwaltschaft begrüßt wird, aus dem Grund der fehlenden rechtswissenschaftlichen Ausbildung, die benötigt wird, um aus den Bundesgesetzblättern entsprechende Stellen, die den verfassungsgebenden Kraftakt aufzeigen, herauszufinden.

Und was passiert? Anstatt die Staatsanwaltschaft sich darum bemüht als ermittelnde Stelle aufzuzeigen, was sie zum öffentlich rechtlichen Handeln berechtigt, kommt knallhart vom Amtsgericht Darmstadt ein Schreiben, daß die Staatsanwaltschaft ein OWiG-Verfahren eröffnen will. Das Schreiben ging dann aber nicht an den rQ als gesetzlich Bevollmächtigter lt. § 78 ZPO der ppC, sondern unmittelbar an die Betroffene, mit dem Hinweis, daß ein OWiG-Verfahren eröffnet würde, wenn der Widerspruch nicht zurückgenommen werde. Und dieses Schreiben enthält wiederum eine ganze Anzahl an Verletzungen von Brid-Gesetzen und deren fortgebildeten Recht, hier insbesondere durch das [3 x G zwecks des rechtlichen Gehörs](#) sowie des Bundesverwaltungsgerichts zwecks der [eigen händigen](#) Unterschriften. Wie kann man diese Sache deuten? Ich meine, folgender Vergleich ist angebracht. Es wird ein grünender Keim, der sich versucht im glyphosatverseuchten Boden an die Sonne zu drängen wegen der Schädigung der genmanipulierten Monokultur, brutal zertreten. So mußte nun also diesem Gericht in ruhiger Weise

geantwortet werden um zu erfahren wie sich die Sachlage darstellt, in der zwar unter Vorbehalt der Bußgeldbescheid gezahlt wurde, im Gegensatz aber dazu ein Nachweis für die rechtliche Berechtigung nicht erbracht wurde und die Staatsanwaltschaft als ermittelnde Stelle eben diesen Nachweis zu erbringen hat.

Ich meine, es geht vielen Deutschen so, daß gegen jeglichen Versuch gegen die willkürlichen Regeln der Verwaltungen, die mit willfähigen Staatsanwälten und Richtern durchgesetzt werden, vorzugehen, in solche mißlichen Lagen geraten und sich daraus auch nicht mit Rechtsanwälten behelfen können, da diese lt. Eid oder Gelöbnis in Verbindung mit dem § 33 der RAO nicht dem Mandanten sondern der Anwaltskammer und den Richtern verpflichtet sind.

So kam dann nur einen Atemzug später mit einem weiteren satanischen geschwefelten Höllenhauch eine Antwort des Präsidenten des Landessozialgerichts Sachsen auf die Rüge des rQ ins Haus geschwebt. Dort meint dieses Leut zwar, daß er die „Dienstaufsicht“ gegenüber den Richtern hätte, diese aber nach Art. 97 (1) GG unabhängig und dem Gesetz verpflichtet sind. Man fragt sich nur, welchem Gesetz? Brechen sie doch die bundesrepublikanischen Gesetze gerade wie es ihnen beliebt, ohne sich einen Dreck darum zu kümmern, inwieweit sie damit der Zerstörung der Menschen dienen. Nur einen solchen höllischen Atemzug später kam dann auch die Antwort vom Bundessozialgericht auf die Beschwerde vom rQ und zeigte auf, daß an diesem schönen Gerichte es nur mit Rechtsanwalt vorangehen würde, ohne sich darum zu kümmern, daß der rQ ja auch den § 33 der RAO beschwerd hat. Es darf nur sein, was nutzt; und dann ist es egal, ob der rQ zweimal vor dem Landgericht ohne Rechtsanwalt sitzt und sonstige Gesetze gebrochen werden, wie in diesem Fall die Antwort wieder einmal ohne eigenhändige Unterschrift.

Sie haben die zionistisch gesteuerte politische Inquisition übernommen.

Man kann also nicht im geringsten das Wort ergreifen, was in diesem Fall der rQ wieder mit Engelszungen tat, denn man wird, wenn man sich nicht bedingungslos diesem Regime unterwirft, unter Mißachtung jeglicher Rechtsstaatlichkeit und Völkerrecht vernichtet. Dann wird sehr wohl klar, daß jene Leutschafte, die sich getrauen vor nicht ausgesuchten, geladenen Gästen aufzutreten, aufgefordert werden als Volksverräter abzuhaue und mit faulen Tomaten beworfen werden. Wobei ich immer wieder aufatme, wenn diese Proteste gewaltlos abgehen, wenn man das Tomatenwerfen gegenüber dem Einsatz von Schlagstöcken, Pfefferspray, Wasserwerfern und Gummigeschossen durch die mißbrauchte Polizei als gewaltlos bezeichnen kann.

Genug Ausführungen zur klaren Lüge des Grüßaugustes und zur zweiten Sache über die ich erneut auszuführen angekündigt habe. Zur Unglaubwürdigkeit des Leut Gauland in Verbindung mit dem Wahlprogramm der AfD.

Schaut man in das Inhaltsverzeichnis dieses Wahlprogramms, dann ist man bereits danach als unbelasteter Mensch hoch zufrieden. Denn was dort steht klingt wie silberne Glocken in den Ohren von empörten Menschen, die ihrem Zorn gegen das derzeitige Brid-Regime vertreten wissen wollen. Hat man aber etwas Hintergrund in Staats- und Völkerrechtlichem, also etwas Wissen darüber, dann schaut man doch einmal hinein in das Wahlprogramm selbst, das man hier in den wichtigsten Punkten gelb markiert finden kann. Und dann tut sich dem gesunden Geist auf, daß der Esel aufs Eis geht und darauf katzenmäßig versucht seinen eigenen Schwanz zu fangen.

Nun will ich einmal weg vom bildlichen Vergleich um nüchtern aufzuzeigen, worum es bei dem vom mir Beschwerter geht.

Da heißt es doch, daß nur das Staatsvolk der Bundesrepublik Deutschland mit dem Mittel der unmittelbaren Demokratie den illegalen Zustand beenden könne. Allein der Begriff unmittelbare Demokratie ist ein Mißbrauch von Wörtern, die bereits John Locke [engl. Philosoph] angeprangert hat. Unterstellt man dem Wort Demokratie den Begriff der Volksherrschaft, so ist diese immer unmittelbar in einem entsprechendem Staat. Denn in einem demokratischen Staat ist der einzelne Mensch in seiner Gesamtheit des Volkes der Staat. Und somit ist die Volksherrschaft von Grund auf unmittelbar und braucht nicht extra betont zu werden.

Diese Betonung aber lenkt von der Sache ab, daß die Bundesrepublik in Deutschland kein Staatsvolk hat, sondern das Staatsvolk des eigentlichen deutschen Staats, der Mangels Organisation handlungsunfähig ist, seine bis 1999 selbst von der BRD anerkannten Reichs- und Staatsangehörigkeit widerrechtlich entzogen wurde und diesem Volk im Gegenzug eine deutsche Staatsangehörigkeit nach hitlerschem Vorbild aufpfropfte.

Mit dem illegalen Zustand ist der grundgesetzlich festgeschriebene Parlamentsvorbehalt gemeint, den sich die Bundestagler entziehen lassen würden. Derweil ist aber der illegale Zustand der, daß die Bundestagler illegal im Reichstag sitzen. Und hier sind wir gleich beim nächsten, denn die Bundestagler sollen lt. AfD nur noch vier Wahlzeiten im Reichstag sitzen und der Kanzler sogar nur noch zwei.

Gehen wir einmal davon aus, daß der Bundestag durch die AfD von 630 auf 709 Sitze steigt und deshalb 50 Millionen € mehr kostet, wobei wenn es unmittelbare Wahlen gäbe aus 299 Wahlkreisen jeweils ein Kandidat in die Volksvertretung einziehen würde und somit noch nicht einmal die Hälfte an Gesamtkosten anfallen würden. Da die AfD aber die Listenwahlen weiter vertreten bleibt der Zustand der Grundgesetzwidrigkeit der Wahlen und wird dazu durch die 5 % Hürde noch verstärkt. Gehen wir einmal davon aus, daß dieses Leut aus dem Bundestag aber auch aus den Landtagen nach Art. 28 & 38 GG an keine Aufgaben gebunden sind, dann wäre es doch besser, wenn sie überhaupt nicht auf die Zettel kommen würden. Denn Volksvertreter müßten die Verpflichtung haben, die Aufgaben, die ihnen ihre Wähler mitgeben, bestmöglich zu erfüllen. Was aber die AfD nicht im geringsten ins Auge gefaßt hat. Und wenn dann ein Abgeordneter die Aufgaben bestmöglich erfüllt, sollte er dies auch solange es ihm möglich ist, tun können, was letztendlich die Mehrheit der Wähler aus dem Wahlkreis zu bestimmen hat. Diesen Wählern muß der Abgeordnete natürlich Rechenschaft über die Aufgabenerfüllung ablegen und das mindestens halbjährlich. Denn dann könnten die Wähler, wenn sie unzufrieden sind mit ihren Abgeordneten ihn aus dem Gremium abberufen und mit einem besseren ersetzen, was ihnen in der BRD aber nicht möglich ist. Ebenso ist es mit einem Kanzler, der seine Arbeit zur Zufriedenheit der Wähler tätigt und seine Eid nicht als leere Floskel behandelt, der man ja keine Achtung zu zollen braucht, da in der BRD, wie bereits unten aufgezeigt, Gesetzesverletzung keine Rechtsbeugung darstellt.

Und jetzt möchte ich noch drei Zitate aus dem Wahlprogramm abarbeiten.

1.

Erst die christliche und humanistische Kultur der europäischen Völker brachte die vorgenannten Prinzipien hervor und verwirklichte sie in einem jahrhundertelangen Prozeß

Oh ha, da meinen sie wohl den Katholizismus, den der Sachsenschlächter den deutschen Stämmen blutig aufgezwungen hat, den Katholizismus mit seiner Inquisition, betrieben durch die Dominikaner, bis kurz nach Gründung des Jesuitenordens, von da an von den Jesuiten bis 1775 mit der letzten Hexenverbrennung mörderisch ausgeführt wurde. Mit dem Katholizismus u. a. vollführt durch Karl IV., der in Süd- und Mittelamerika Mord und Brandschatzung betrieb, um an das Eigentum der indigenen Völker zu gelangen. Den Katholizismus, der mit Luther protestantische

Konkurrenz bekam, Luther dann den Bauernkrieg anstiftete um die Bauern später schändlich zu verraten und dessen Protestantismus im späteren Verlauf sich keine Gedanken machte, um die Vernichtung im Dreißigjährigen Krieg, der Protestantismus, der sich ebenso am Sklavenhandel beteiligte. Den Katholizismus, den Heinrich VIII. in England in die anglikanische Kirche wandelte, mit dieser in der Südsee raubte und mordete, den indischen Subkontinent in Besitz nahm, in Australien Straflager errichtete, deren Insassen die Indigenen gnadenlos dezimierten, deren Seefahrer und Walfänger die indigene Bevölkerung Tasmaniens völlig ausrottete um dann letztendlich dies in Nordamerika und dessen indigener Bevölkerung ebenso betrieb. Den Katholizismus, der Katharer, Albigenser, Hussiten, Wiedertäufer, Geusen und viele andere wegen ihres **reinen christlichen Glaubens** brutal niedergeschlachtet hat.

Da kann man dann nur noch auf die Götter hoffen, dabei egal welcher Religion, das es der AfD nicht gelingt ihre Werte an die Kinder weiter zu geben, wie es das nächste Zitat verlauten läßt:

2.

Wir wollen das Land unserer Väter und Mütter nicht irgend jemandem hinterlassen, der dieses Erbe verschleudert oder ausplündert, sondern unseren Nachkommen, denen wir unsere Werte vorgelebt und mitgegeben haben

Diese Werte beziehen sich dann ausdrücklich auf das katholizistische Abendland und die dem zionistischen Imperialismus unterliegende Bundesrepublik Deutschland und deren weiteren Zugehörigkeit zur Nato und vermeinen dabei, daß die Nordatlantische Terrororganisation einst ein Verteidigungsbündnis war.

Wer da nicht den Ruf der Atlantikbrücke hört, dem ist der Hirnschmalz in die Ohren gelaufen.

Und als Zuckerl obenauf das letzte Zitat:

3.

Eine Auflösung des Nationalstaats führt unweigerlich zur Gefährdung unserer gewohnten sozialstaatlichen Errungenschaften.

Ja um Gottes Himmelswillen, einen Nationalstaat gibt es spätestens seit der [Weimarer Verfassung](#) nicht mehr. Und die sozialen Errungenschaften stellen sie wahrscheinlich auf die EWG, da sie ja Euro- und EU-Skeptiker sind. Die EWG war der Nachfolger der Montanunion und diese war die Inbesitznahme der Stahl- und Kohleindustrie durch die drei westlichen Besatzer und brachte 1948 über den Marshallplan die DM. Also die heutigen Zinsen und Zinseszinsen, die stille Enteignung des Volksvermögens, was hernach als Wirtschaftwunder gepriesen wurde und nichts weiter als ein Plan der Hitlerfaschisten für die Nachkriegszeit der deutschen Großindustrie war und führend durch Ludwig Erhard ausgearbeitet wurde.

Dazu hatte Erhard den SS-Gruppenführer Ohlendorf an die Seite gestellt bekommen. Dieser wurde wegen seiner Kriegsverbrechen hingerichtet. Ohlendorfs Vorgesetzter aber, der augendienende Oberlehrer, der [SS-Brigadeführer Höhn](#) kam in der BRD wieder zu Rang und Ehren.

Zu dem sog. Petersberger Abkommen, mit dem der Beitritt der BRD zur EG beschlossen wurde, damit u. a. das Ruhrstatut und der Marshallplan festgeschrieben, hatte das noch junge 3 x G eine Entscheidung

gefällt, die klar aufzeigte und noch heute aufzeigt, daß die Brid in besatzungsrechtlichen Verträgen letztendlich kein Mitspracherecht besitzt und somit solche Verträge nichts weiter als Diktate sind. So heißt es in dieser Entscheidung:

„3. Das Bundesverfassungsgericht entscheidet ausschließlich im innerstaatlichen Bereich und kann nicht über die völkerrechtliche Gültigkeit eines Vertrages entscheiden.“

Daraus wird erkenntlich, wessen Geist die AfD vertritt, samt der Brid-Farben schwarz, rot, gold. Diese Farben in eine Topf gegeben und gut gerührt, ergeben eine kläglich braune Suppe.

Und mit der kläglichen braunen Suppe wird der Aberglaube, der inzwischen das Eiapopeia aus der Hölle ist genährt.

Oh, jetzt wäre noch sehr viel zu sagen, das aber wieder das nächste Mal.

Und so werde ich mit einem Zitat von David Hume (schottischer Philosoph von 1711 bis 1776) enden:

„Der Monotheismus der Masse ist auf irrationalen abergläubischen Prinzipien errichtet. Insbesondere der Hang zur Schmeichelei, der seinerseits ein Produkt der Furcht ist, läßt die Menschen immer großartigere Eigenschaften suchen, die sie ihrer Gottheit beilegen können bis sie ihr schließlich mit dem Begriff der Unendlichkeit dasjenige Attribut zugesprochen haben, was keiner Steigerung mehr fähig ist.“

Wo wie im Monotheismus die Götter in eine unendliche Ferne zu den Menschen gerückt sind und ihnen als unendlich überlegen erscheinen, da herrschen knechtische Tugenden und Passivität vor. Dort aber wo die Götter als den Menschen nur graduell überlegen dargestellt werden, ist ein Wettlauf mit ihnen möglich.“

Olaf Thomas Opelt
Staatsrechtlicher Bürger der DDR
Reichs- und Staatsangehöriger
Mitglied im Bund Volk für Deutschland

Bundvfd.de